

1. Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bilden in Deutschland – in 100 Jahren historisch gewachsen - eine wichtige Säule der Daseinsvorsorge. Diese wichtige Säule findet sich im Subsidiaritätsgrundsatz, heute unter anderem in den Paragraphen 4 SGB VIII und 5 SGB XII, wieder. Über innovative Lösungen für soziale Probleme setzen sie sich vor Ort mit viel Engagement für Benachteiligte und Schwache in der Gesellschaft ein. Gesellschaftliche Probleme und deren Folgen wie zum Beispiel zunehmende Armut können nicht ohne die Freie Wohlfahrtspflege gelöst werden.

Wohlfahrtsverbände erbringen ihre sozialen Dienstleistungen, die nach unserer festen Überzeugung weder über den Staat, noch über den Markt erbracht werden sollten, flächendeckend und niedrigschwellig. Dabei stellt sich die AWO offen gegen Überlegungen in Richtung einer Marktforcierung im Bereich des Sozialen. Ideen, nach denen Lösungen sozialer Probleme von gewinnorientierten Unternehmen gefunden werden können, sind fatal. Denn, wenn ein Sozialstaat nur noch dort existiert, wo Gewinne möglich erscheinen, wird er obsolet.

Frage: Wie steht Ihre Partei zum System der Leistungserbringung durch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege? Kreuzen Sie bitte an:

- Unverzichtbar**
- Reformbedürftig**
- Alter Hut**

Begründen Sie bitte Ihre Auswahl:

Die SPD im Kreis Wesel teilt Ihre obigen Ausführungen. In einem Sozialstaat zu leben, meint Teil einer Gesellschaft zu sein, die Menschen gerade auch in schwierigen Lebensphasen auffängt und nicht alleine lässt. Personen, gleich weder Art und aus welchen Gründen auch immer, auf die Hilfe der Gesellschaft und des Staates angewiesen sind, dürfen nicht abgewiesen werden. Hierzu bedarf es starke, verlässliche Beratungs- und Hilfsstrukturen, an denen die Wohlfahrtsverbände und soziale Initiativen einen maßgeblichen und unverzichtbaren Anteil haben. Sie übernehmen als Träger oftmals gesetzliche Aufgaben ergänzend oder anstelle der öffentlichen Hand, was der Gesellschaft ein vielfältiges, plurales Angebot ermöglicht. Ihre soziale Arbeit, ihre Beratungs- und Hilfsangebote mit ihren unterschiedlichen Ausrichtungen, sind der „Kitt“, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Für die SPD ist es ebenso unverzichtbar, dass die Finanzierung von dauerhaft notwendigen Unterstützungs- und Beratungsangeboten an die jährlichen Kostensteigerungen angepasst wird. Nur so erlangen die Träger Planungssicherheit. Dazu gehört auch der regelmäßige Dialog zwischen dem Kreis Wesel und der Politik mit den Wohlfahrtsverbänden und sozialen Initiativen, um gemeinsam zielgerichtet, effizient und abgestimmt auf veränderte Handlungsbedarfe zu reagieren.

2. Flucht / Migration / Integration

Mit ihren Beratungsstellen für Migrant*innen und Geflüchtete sowie Integrationsagenturen setzt sich der AWO KV Wesel e.V. für die Einhaltung der Rechte dieser Zielgruppen ein und trägt zum sozialen Frieden sowie zum respektvollen Miteinander im Kreis Wesel und in einzelnen Quartieren bei. Der AWO KV Wesel begleitet Zugewanderte seit vielen Jahren mit Einzelberatungen, Gruppenangeboten und Projekten bei ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft. Die unflexible Finanzierung dieser gesellschaftlich wichtigen Dienste erschwert die Arbeit im Bereich Flucht / Migration/ Integration mittlerweile immens. Die Eigenanteile der

AWO für manche Stellen steigen kontinuierlich ohne entsprechend kompensiert zu werden. Die Landesregierung richtet neuerdings ihren Fokus bei der Verteilung der finanziellen Mittel auf die Kommunen, dabei wird die langjährige integrative Leistung der Wohlfahrtsverbände unterschätzt.

Frage: Ist Ihre Partei bereit, entstandene Finanzierungslücken bei der Aufgabenwahrnehmung durch freie Träger mit kommunalen Finanzmitteln auszugleichen?

X **Ja**
O **Nein**

Wenn ja, was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Finanzierung im Bereich Flucht/Migration/Integration künftig besser sichergestellt ist?

„Bewährte Strukturen sichern und erhalten.“, von diesem Prinzip sind wir zutiefst überzeugt und waren und sind dabei stets ein verlässlicher Partner.

Ob im Bereich der frühen Hilfen und dem AWO-Projekt „Startchancen“, als wir dafür sorgten, nach einer Projektphase eine anteilige Finanzierung zu übernehmen oder als es darum ging, kreisweite Beratungsangebote der Verbraucherberatung nachhaltig zu sichern, um zur zwei Beispiele zu nennen.

Der Grundsatz des Konnexitätsprinzips (wer bestellt, bezahlt) muss gelten. Wir werden uns stets im Rahmen unserer Möglichkeiten für den Erhalt dieser Angebote einsetzen.

Die Wohlfahrtsverbände haben auch 2015 und in den Folgejahren ihre Stärke bewiesen, die Aufnahme der zahlreichen Menschen, die in kürzester Zeit Schutz und Zuflucht in Deutschland suchten, mit zu organisieren und weiterhin mit Rat und Tat zu begleiten. Der Staat hätte diese Aufgabe allein, ohne die starken sozialen Partner an seiner Seite, kaum stemmen können. Das derzeit weniger Flüchtende zuwandern schafft Raum, die eigentliche Integrations-, Bildungs- und Ausbildungsarbeit zu verstärken. Nur so eröffnen wir den Zugewanderten Wege in den regulären Arbeitsmarkt und entlasten diesen somit. Integration ist eine Generationenaufgabe!

Wir werden auch weiterhin alles Notwendige unternehmen, um die Stärkung und Finanzierung dieser Strukturen zu gewährleisten. Nebenbei bemerkt: Wir haben die unverantwortlichen Kürzungen der konservativgrün-liberalen Mehrheitsfraktionen im Kreistag Wesel, unter dem Vorwand der Haushaltskonsolidierung zur Entlastung der Kommunen, immer abgelehnt. Diese schmerzhaften Kürzungen im vier- bis fünfstelligen Bereich, gefährdeten die Finanzierung zahlreicher Projekte - oft zu Lasten der Schwächsten der Gesellschaft - ohne einen substanziellen Spareffekt für den Kreishaushalt erzielen.

Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, in gute Beratungs- und Hilfestrukturen zu investieren, um für die Menschen Wege aufzuzeigen und Chancen zu ermöglichen. Investitionen, die auch dazu beitragen können, gesetzliche Pflichtleistungen zu vermeiden, sind auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht sinnvoll.

3. Psychosoziale Beratung

Der AWO KV Wesel e.V. bietet psychosoziale Beratung für vulnerable Personengruppen, wie Opfer sexuellen Missbrauchs oder häuslicher Gewalt sowie für traumatisierte bzw. psychisch belastete Geflüchtete an. Das bestehende Angebot deckt den bestehenden Bedarf an kultursensibler psychosozialer Beratung für Erwachsene und Kinder bei Weitem nicht ab.

Frage: Ist Ihre Partei bereit, mit zusätzlichen kommunalen Finanzmitteln und in Zusammenarbeit mit freien Trägern den Kampf gegen sexualisierte Gewalt zu verstärken?

X **Ja**
O **Nein**

Welchen Beitrag plant Ihre Partei zu leisten, um verletzte Personengruppen besser zu schützen?

Wir wollen, dass die Sozialpsychiatrischen Zentren und die Sucht- und Drogenberatung gestärkt und die Hilfsangebote enger vernetzt werden (s. Wahlprogramm) – und grundsätzlich, dass auf Dauer angelegte Angebote zukünftig dynamisiert gefördert werden. Das heißt: der Zuschussanteil des Kreises erhöht sich jährlich entsprechend der Gehalts-, bzw. Kostenentwicklung

Welche Strategie hat Ihre Partei um der Verbreitung von Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft zu entgegenen?

Das Thema Rassismus und Antisemitismus ist für uns immer aktuell. Wir wollen unsere demokratischen Werte stärken, rassistischen und antisemitistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft muss mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Ganz aktuell haben wir deshalb in der letzten Kreistagssitzung am 26.06.2020 einen entsprechenden Entschließungsantrag gestellt, den der Kreistag einstimmig beschlossen hat. [Hier unser Antrag im Wortlaut](#)

In der Corona-Zeit spitzen sich Konflikte in Familien aufgrund der häuslichen Enge und/oder finanzieller Schwierigkeiten zu. Diese Krisenzeit verdeutlicht die Bedeutung solcher Einrichtungen wie die Frauenberatung oder Anlaufstellen gegen sexuellen Missbrauch. Nicht jede Kommune im Kreis Wesel verfügt über solche Beratungsangebote, was dazu führt, dass Menschen in Krisen und Notsituationen keine/n Ansprechpartner*in finden.

Frage: Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass mehr Frauenberatungs- und Anlaufstellen gegen sexuellen Missbrauch für Menschen in Notsituationen im Kreis Wesel zur Verfügung stehen?

X **Ja**
O **Nein**

Begründen Sie bitte Ihre Auswahl:

Die Anzahl der Plätze in den Frauenhäusern ist in NRW deutlich zu gering, um alle notleidenden Frauen mit ggf. ihren Kindern sichere Zufluchtsorte zu bieten. Aktuelle Statistiken sagen aus, dass doppelt bis dreifach so viele Plätze nötig sind. Die Situation in den Frauenhäusern im Kreis Wesel dürfte ähnlich sein. Die NRW Landesregierung will die jetzigen Plätze lediglich um ca. 10% aufstocken und fördern. Das ist deutlich zu gering und lässt weiterhin Betroffene hilflos zurück. Die SPD Fraktion wird in einer Anfrage die Verwaltung bitten, die Situation der Frauenhäuser im Kreis Wesel genau darzulegen. Die gewonnenen Erkenntnisse nehmen wir dann umgehend zu Anlass, entsprechende Anträge zu stellen, um den Betroffenen angemessenen Hilfen zu geben, auch mit Unterstützung des Kreises. Frauen und Kinder, die psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt sind, müssen geschützt werden; sie bedürfen unserer Hilfe.

4. Wohnungslosigkeit

In allen Kommunen fehlt ausreichend bezahlbarer Wohnraum. Vor allem Menschen mit geringem Einkommen haben daher zunehmend Probleme, eine Wohnung zu finden. Gleichzeitig ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Wohnungslosen kontinuierlich gestiegen.

In den Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege werden viele Rat- und Hilfesuchende betreut. Dabei nehmen auch immer mehr Frauen und junge Erwachsene die Angebote in Anspruch.

Frage: Plant Ihre Partei, neue Bauprojekte zu forcieren, um der Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden?

- Ja**
 Nein

5. Leben & Älter werden

Der AWO Kreisverband Wesel e.V. hält verschiedene Angebote zur „Offenen Altenhilfe“ bereit, z.B. Begegnungsstätten für Senior*innen, niedrigschwellige Betreuungsangebote für Angehörige von Menschen mit Demenz und weitere. Diese Angebote tragen unter anderem auch stark zu einem selbstbestimmten Leben im Alter bei.

Diese Service- und Dienstleistungen werden von Seiten der Kommunen mitfinanziert, sind aber deutlich unterfinanziert.

Frage: Hält Ihre Partei an diesen Angeboten fest?

- Ja**
 Nein
 Alternative Finanzierung

Wie soll eine dauerhaft tragfähige und auskömmliche Finanzierung erreicht werden?

Über die Möglichkeit, eine dauerhaft tragfähige und auskömmliche Finanzierung der Angebote zur „Offenen Altenhilfe“ zu finden, wird die SPD Fraktion im Kreis Wesel zu Anfang der kommenden Wahlperiode Gespräche mit den Wohlfahrtsverbänden und ggf. weiteren Trägern aufnehmen.

6. Pflege

Der Fachkräftemangel ist auch in der stationären und ambulanten Pflege schon länger spürbar. Aufgrund der demografischen Entwicklung stehen einer immer größer werdenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen immer weniger Pflege(fach)kräfte gegenüber.

Von dieser Entwicklung besonders betroffen sind die ländlichen Regionen. Dort wird die flächendeckende Betreuung zunehmend erschwert. Hinzu kommt, dass ambulante Pflegedienste in diesen Gebieten kaum mehr wirtschaftlich arbeiten können oder kein Personal finden.

Frage: Plant Ihre Partei konkrete Maßnahmen, um der großen Bedarfslage gerecht zu werden?

Ja
 Nein

Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um der großen Bedarfslage gerecht zu werden?

Falls absehbar ist, dass die Träger der Kranken- und Pflegeeinrichtungen die zukünftig nötigen Ausbildungskapazitäten nicht vorhalten (können), wird die SPD Fraktion darauf hinwirken, dass der Kreis Wesel mit eigenen Mitteln zusätzliche Ausbildungsplätze schafft.

Ist Ihre Partei grundsätzlich bereit, die so genannten komplementären und haushaltsnahen Dienste zur Vermeidung stationärer Unterbringung kommunal finanziert zu unterstützen?

Ja
 Nein

Über die Möglichkeit, die so genannten komplementären und haushaltsnahen Dienste zur Vermeidung stationärer Unterbringung kommunal finanziert zu unterstützen, wird die SPD Fraktion im Kreis Wesel zu Anfang der kommenden Wahlperiode Gespräche mit den Wohlfahrtsverbänden und ggf. weiteren Trägern aufnehmen.

7. Teilhabe

Das neue Bundesteilhabegesetz hat zu Veränderungen in der Eingliederungshilfe geführt, die sich auch in den kommunalen Strukturen wiederfinden müssen. Teilhabe funktioniert nicht ohne Barrierefreiheit. Denn wo Orte, Räume oder Kommunikationsmittel nicht barrierefrei sind, bleibt Teilhabe am kulturellen und politischen Leben, in der Arbeitswelt und in der Freizeit verwehrt.

Frage: Wird Ihre Partei den Abbau von Barrieren forcieren?

Ja
 Nein

Wenn ja, wie genau stellt sich Ihre Partei die Herstellung von gleichwertigen Lebensbedingungen, z.B. durch den Abbau von Barrieren, vor?

Die SPD verfolgt das Ziel, die Herstellung von gleichwertigen Lebensbedingungen für alle Menschen zeitnah zu realisieren. Damit stimmen wir weitgehend mit den Forderungen und Umsetzungsvorschlägen des VdK überein.

8. Kindertageseinrichtungen

Das novellierte Kinderbildungsgesetz NRW tritt am 01.08.2020 in Kraft. Ziel dieses Gesetzes ist laut Landesregierung die Anhebung der Qualität in der frühkindlichen Bildung. Hierfür wird mehr Geld zur Verfügung gestellt. Um diese höhere Qualität zu gewährleisten, ist vor allem ein entsprechender Personaleinsatz notwendig, jedoch leidet der Arbeitsbereich unter einem Mangel an Fachpersonal.

Frage: Gibt es Pläne Ihrer Partei auf kommunaler Ebene, um dem eklatanten Mangel an Fachkräften entgegen zu treten?

X **Ja**
O **Nein**

Wenn ja, was plant Ihre Partei auf kommunaler Ebene, um dem Fachkräftemangel entgegen zu treten?

Über die Möglichkeit, die Anhebung der Qualität in der frühkindlichen Bildung zu gewährleisten, wird die SPD Fraktion im Kreis Wesel zu Anfang der kommenden Wahlperiode Gespräche mit den entsprechenden Trägern aufnehmen.

Neben den von den Trägern nach dem Kinderbildungsgesetz NRW geforderten Trägeranteilen (im Falle der Arbeiterwohlfahrt 7,8% der Fördersummen) ist laut demselben Gesetz lediglich eine Anrechnung von 3% der erhaltenen Kindpauschalen für die Deckung der für den Träger anfallenden Overheadkosten möglich. Diese Overheadkosten übersteigen jedoch bei weitem den mit 3% zu deckenden Betrag. Es wären aus unserer Sicht mindestens 5% notwendig. Somit muss ein Träger für den Betrieb von Kindertagesstätten hohe Summen an Eigenmitteln mit einbringen. Die Deckung des Bedarfes der Kindertagesbetreuung ist Pflichtaufgabe der Kommune und kann im Falle einer Nichtleistung eingeklagt werden. Somit erfüllt der Träger durch den Betrieb von Kindertagesstätten diese Aufgabe stellvertretend für die Kommune und unterstützt die Kommune somit dabei ihre Pflicht gegenüber den anspruchsberechtigten Familien zu erfüllen.

Frage: Findet Ihre Partei es richtig, dass Träger für die Erfüllung einer öffentlichen Pflichtaufgabe Eigenmittel in derartiger Höhe einbringen müssen?

O **Ja**
X **Nein**

Begründen Sie bitte Ihre Auswahl:

Dritte, die im Auftrag der Öffentlichen Hand gesetzliche Pflichtaufgaben erfüllen, sollen für deren Erledigung finanziell voll refinanziert werden.

9. Kinder- und Jugendhilfe

Der Bereich der Kinder- und Jugendhilfe stellt ein wichtiges Arbeitsfeld dar, in dem die Adressaten und ihre Familien begleitet und unterstützt werden, wenn dieses notwendig wird. Die Arbeit der Mitarbeiter*innen in diesem Berufsfeld ist ein wichtiger Beitrag, um familiäre Systeme zu unterstützen und zu entlasten. Sie hat einen enormen präventiven Charakter. Dieser Bereich ist jedoch zunehmend von Einsparmaßnahmen betroffen, sodass diese wichtige Arbeit erschwert und das Berufsfeld unattraktiver wird. Die Mitarbeiter*innen sind zunehmend belastet, was auch junge Menschen in der Berufswahl nicht dazu veranlasst sich für einen Beruf in diesem sozialen Bereich zu entscheiden.

Frage: Wird Ihre Partei dieser Problematik entgegenwirken?

X **Ja**
O **Nein**

Wenn ja, was wird Ihre Partei dafür tun, um dieser Problematik entgegen zu wirken?

Wir wollen Familien stärken. Dazu gehört für uns, dass wir solche – auf Dauer angelegten – Angebote zukünftig dynamisiert fördern. Das heißt: der Zuschussanteil des Kreises erhöht sich jährlich entsprechend der Gehalts-, bzw. Kostenentwicklung.

Wir wollen einen fairen und offenen Austausch mit den Trägern der Kinder und Jugendhilfe pflegen und so die Qualität notwendiger sozialer Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis sichern. Das kostet nicht mehr, sondern hilft am Ende Kosten für die Sicherung des Lebensunterhaltes für Menschen in schwierigen Lebenslagen zu verhindern.

10. Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Häuser der offenen Tür und Streetwork bieten Kindern und Jugendlichen Anlaufpunkte und Beziehungsangebote, in denen sie sich in einem geschützten Rahmen aufhalten können, in denen ihnen zugehört wird und sie Unterstützung in lebenspraktischen Bereichen erfahren. Sowohl im schulischen und beruflichen als auch im Freizeitbereich gibt es hier ein umfassendes Angebot, das von den Mitarbeiter*innen mit viel Kreativität und mit Blick auf Partizipation entwickelt wird. Häufig werden hier Möglichkeiten der Begleitung und Unterstützung eröffnet, die das familiäre Umfeld nicht bieten kann. Um ein solches Angebot qualitativ hochwertig und breit aufzustellen, ist neben dem Engagement der Mitarbeiter*innen auch ein entsprechendes Budget notwendig, welches jedoch derzeit leider in einem sehr begrenzten Rahmen zur Verfügung gestellt wird.

Frage: Wird sich Ihre Partei dieser Thematik annehmen und hier Abhilfe schaffen?

Ja
 Nein

Wenn ja, wie wird sich Ihre Partei der Thematik annehmen und hier Abhilfe schaffen?

Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen Beratungsstellen und Begegnungsstätten für Eltern, Jugendliche und Kinder im Kreis Wesel dezentral weiter ausgebaut werden. Die von uns angestrebte dynamische Förderung ([siehe Erläuterung unter 9. Kinder- und Jugendarbeit](#)) würde auch für die Offene Kinder- und Jugendarbeit bedeuten, dass die Finanzierung gemäß der jährlichen Gehalts-, bzw. Kostenentwicklung dabei sichergestellt ist.

11. Bürgerschaftliches, freiwilliges, ehrenamtliches Engagement

Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement führt zu Begegnungen und zum Kennenlernen von unterschiedlichen Menschen, schärft das Verständnis für die Rechte und Bedarfe der Mitbürger*innen und stiftet Zusammenhalt. In einer Demokratie übernehmen Bürger*innen Verantwortung im Gemeinwesen. Engagement benötigt eine Ermöglichungskultur, welche Räume für Beteiligung eröffnet. Engagement benötigt verlässliche Strukturen, Anerkennung und Förderung, um vielfältige Lernprozesse und Teilhabe zu ermöglichen. Dies bedeutet auch, verlässliche Rahmenstrukturen zur Verfügung zu stellen, um Engagement dort zu fördern, wo es benötigt wird und entsteht bzw. entstehen kann.

Frage: Wird sich Ihre Partei dieser Thematik annehmen und hier Abhilfe schaffen?

Ja
 Nein

Wenn ja, wie wird sich Ihre Partei der Thematik annehmen und hier Abhilfe schaffen?

Die SPD-Kreistagsfraktion steht seit jeher fest an der Seite derer, die sich zum Wohle anderer einsetzen und gemeinsam mit den Beratungseinrichtungen und Sozialverbänden das Rückgrat unseres sozialen Miteinanders im Kreis bilden.

Ohne dieses vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement würde unsere Gesellschaft um einiges ärmer sein. Wir haben uns in der Vergangenheit immer dagegen ausgesprochen, Kreiszuschüsse in diesem Bereich zu kürzen oder einzufrieren. Auch in Zukunft werden wir uns mit allen Kräften einer Unterfinanzierung von Leistungen für Menschen, die Betreuung und Beratung brauchen, widersetzen. Deshalb wollen wir die Finanzierung von dauerhaft notwendigen Beratungsangeboten an die jährlichen Kostensteigerungen anpassen, um für die Maßnahmenträger Planungssicherheit zu schaffen und das alljährliche „Geschacher“ bei der Aufstellung des Haushaltsplans zu beenden.

Wir bedanken uns hiermit herzlich für die Beantwortung unserer Fragen. Bleiben Sie gesund!